

Schulsanierung statt Förderwahn

Als im Juli der Förderantrag der Stadt Overath für das Interkommunale Handlungskonzept (InHK) abgelehnt wurde, waren Eltern, Rat und Verwaltung zu Recht entsetzt, dass damit auch die Finanzierung der dringenden Sanierung unseres Schulzentrums Cyriax wieder in den Sternen steht. Grund für die Ablehnung: die fehlende „überregionale Strahlkraft“ der Schulsanierung, so das zuständige Ministerium.

Die SPD Overath hat dem InHK nicht zugestimmt, weil dort viele teure Maßnahmen enthalten sind, die nett wären aber nicht dringend gebraucht werden, wie z. B. eine weitere Brücke über die Agger (780 TEUR), neue Außenanlagen und Wege am Schulzentrum (4,1 Mio. EUR), Stufen zum Sitzen an der Agger (440 TEUR) oder die Aufwertung der Straße „An den Gärten“ (915 TEUR), aber auch Maßnahmen, die wir überhaupt nicht befürworten, wie eine Verlagerung der OJO aus dem Ortszentrum (450 TEUR), eine Verlagerung der völlig intakten Grundschule Overath (3,5 Mio. EUR), oder der Abriss der OJO für den LKW-Verkehr im Auel (740 TEUR).



Schulzentrum Cyriax – Foto: Peter Rhein

Es ist ein Zeichen, dass etwas nicht stimmt, wenn man überflüssige Maßnahmen planen muss, um hoffentlich auch Zuschüsse für die wichtigen Maßnahmen zu erhalten – die dann doch abgelehnt werden. Für das Land ist die Bereitstellung intakter Schulen nicht förderfähig, weil man lieber ausgefallene Leuchtturmprojekte fördert, die „überregionale Strahlkraft“ haben, weil sie später von Ministern feierlich eingeweiht werden können. Eine völlig unsinnige Seilbahn durchs Bergische hätte wahrscheinlich größere Chancen auf Förderung als nutzbare Klassenräume mit funktionierenden Fenstern im Schulzentrum. Wie wir die 20 Mio. EUR, die alleine dort zur Sanierung notwendig wären, aufbringen sollen, bleibt alleine unser Problem.

Diesen Förderwahn für Vorzeigeprojekte wollen wir nicht weiter hinnehmen! Die zuständige Ministerin Scharrenbach soll endlich alle Programme zur Städtebauförderung wie die Regionale 2025 und die Quartiersentwicklung einstampfen, und das bisher oft sinnlos verbrannte Geld einfach über die Investitionspauschale an die Kommunen verteilen – bei über 500 Mio. EUR in NRW wäre das fast eine Million EUR mehr für Overath jährlich. Die Kommunen wissen längst besser als das Land, wie sie ihre Prioritäten setzen müssten – wenn die diversen Fördertöpfe sie nicht dazu zwingen würden, das Geld für die falschen Projekte auszugeben!

Die SPD Overath fordert, endlich Geld für die wirklich wichtigen Projekte frei zu machen: die Sanierung von Schulen, den Bau von Kindergärten, den Ausbau des Ganztags an Grundschulen und den Erhalt von Jugendzentren. Dafür muss mehr passieren, als nur Fördermittel umzuleiten: die Kommunen müssen vom Land finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihre Pflichtaufgaben wieder ohne Verschuldung erledigen können. Selbst eine Übernahme kommunaler Schulden durch einen Altschuldenfonds hat keinen Zweck, wenn diese gleich wieder nach oben schießen!

Wir werden es nicht mehr bei leisem Protest belassen. Da keine Besserung in Sicht ist, werden wir bald dazu übergehen, vor dem Ministerium in Düsseldorf zu demonstrieren, bis Frau Scharrenbach ihre Kommunen vor dem endgültigen Kollaps rettet. Denn das Problem der Unterfinanzierung hat nicht nur Overath, sondern fast jede Stadt und Gemeinde in NRW!

Hans Schlömer

Wie umgehen mit der AfD?

Um das in manchen Bevölkerungskreisen grassierende Katastrophenbewusstsein, auf dem die Erfolge der AfD beruhen, zu beenden, wäre – so banal es klingen mag – eine zukunftsorientierte Politik der Regierungsparteien vonnöten. Denn nur so lässt sich die diffuse Angst mancher Bürger in eine beherrschbare Furcht vor klar definierten Gefahren umwandeln.

Es mangelt bei den bürgerlichen Parteien an stichhaltigen politischen Visionen hinsichtlich der Gestaltung zukünftiger Entwicklungen.

Ob Klimawandel oder demografischer Wandel, ob schrumpfende Bevölkerung in einigen Landesteilen oder Auswirkungen der Digitalisierung.

Solange hier bei den bürgerlichen Parteien eine überzeugende Zukunftspolitik ausgespart bleibt oder aber – siehe den Beitrag über die Erfolge der GroKo – den Menschen nicht vermittelt werden kann, kann die AfD für sich allein reklamieren, die Zukunftsängste der Bürger aufzugreifen.

Die Flüchtlingskrise ab 2015 war ein typisches Beispiel für politisches Fehlverhalten. Die mangelnde Bereitschaft der bürgerlichen Parteien, die Migration und deren Folgen zum Gegenstand einer öffentlichen politischen Auseinandersetzung zu machen und an deren Stelle die Behauptung zu setzen, die Politik der Grenzöffnung sei für alle Beteiligten von Vorteil, war eine der Ursachen, dass der Liberalismus in Deutschland in den Augen mancher als heuchlerisch erschien.

Ein offener Diskurs über kontroverse Themen und überzeugende Zukunftskonzepte und deren Umsetzung sind besser und erfolgversprechender als die „bloße Kante zu zeigen“. Die inhaltlose Konfrontation muss seiner konkreten, konstruktiven Politik weichen.

Nur so ist der Angst erzeugenden destruktiven Politik der AfD zu begegnen und das gewachsene Politikinteresse der Bürger (siehe die hohe Wahlbeteiligungen) für die bürgerlichen Parteien zurück zu gewinnen.

Jürgen Tichy

Bitte unterstützen Sie uns aktiv mit Ihrer Unterschrift auf dem beigefügten Aufruf zum Thema Schulsanierung oder besuchen Sie unsere Infostände am 7.12.19 am HIT-Markt Overath und Aldi Steinenbrück jeweils von 10 - 13 Uhr mit Unterschriftensammlung.



Mitglied werden – im Stadtrat mitgestalten

Die Kommunen und die kommunale Selbstverwaltung sind tragende Bestandteile unseres demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Für uns sind die Kommunen systemrelevant. Wie in einem Brennglas werden vor Ort Herausforderungen und Chancen unserer Gesellschaft sichtbar und müssen dort bewältigt werden. Unsere Städte und Gemeinden sind Orte der Identifikation, Orte der Integration, sie sind Heimat im besten Sinne. Die SPD ist und bleibt die Kommunalpartei.



Bezahlbares Wohnen, gute Schulen, ausreichend Kindergärten, optimal ausgestattete Feuerwehren, Infrastruktur in Form von Breitband, Straßen, Wasser und Abwasser, Strom und Gas und vieles andere mehr sind Themen, die hier bei uns diskutiert und in den politischen Gremien der Stadt entschieden werden.

Dazu braucht es engagierte Bürgerinnen und Bürger jeden Alters, die sich hier einbringen und dabei mitgestalten wollen. In 2020 sind die nächsten Kommunalwahlen, die über die folgenden 5 Jahre entscheiden.

Die SPD-Overath wirbt um neue Mitglieder, um uns dafür zu stärken und vor Ort langfristig starke Persönlichkeiten aufzubauen und zu fördern. Jeder kann sich im Rahmen seiner zeitlichen Möglichkeiten einbringen. Getreu unserem Leitspruch ist die SPD für jedes Mitglied eine Heimat und bietet die Möglichkeiten, sich nach Kräften zu beteiligen.

Drei Wege die zur Mitgliedschaft führen:

1. **Im Internet**
www.spdoverath.de/mitmachen/
2. **oder Brief an
SPD-OVERATH**
Im Lerchengrund 14
51491 Overath, 02207 6454
3. **oder Email an**
mitmachen@spd-overath.de



Ruth Rocholl
Fraktionsvorsitzende
der SPD im Stadtrat:

Ich wünsche mir für die nahe Zukunft engagierte Bürger/innen, die sich aktiv an der Gestaltung Overaths beteiligen. Bleiben Sie nicht in den sozialen Netzwerken hängen, sondern gestalten Sie mit, als Ratsmitglied oder sachkundige/r Bürger/in.

Grundrente, Spitzensteuersatz und Reichensteuer

Landauf und auch landab gibt es vermehrt Anzeichen dafür, dass die SPD für ihre eigene Profilierung den nächsten Bundestagswahlkampf nutzen wird, um ihr Sozialimage, das ihr offenbar in den letzten Jahren gelitten hat, aufzupolieren.

Begonnen hat sie jetzt schon: unter dem Motto „Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zukunft“ sollen die Ziele Solidarität, Zusammenhalt und Menschlichkeit mit neuen Inhalten gefüllt werden.

Ein Kernelement ist dabei die Grundrente, die eine Anerkennung von Lebensleistungen sein soll und daher auch als „Respektrente“ bezeichnet werden kann, die sich jeder Bürger mit mindestens 35 Jahren Tätigkeit „verdient“ hat. Diese Rente ist also kein staatliches Almosen, das jemand bekommt, der alt ist, kein Vermögen und auch keinen wohl verdienenden Ehepartner (die viel beschworene Professoren- oder Zahnarztgattin) hat. Sie ist vielmehr eine wohl verdiente Anerkennung für geleistete Arbeit.

Eine von der CDU geforderte Bedürftigkeitsprüfung widerspricht dem Anerkennungsprinzip von Leistung und beinhaltet außerdem einen hohen Verwaltungsaufwand, der im krassen Widerspruch zum möglichen Ertrag steht.

Im übrigen wäre es interessant, die Vertreter der Bedürftigkeitsprüfung zu fragen, ob sie bei Millionären, die Kindergeld beziehen bzw. einen hohen Kinderfreibetrag haben, diese Prüfung auch fordern – was ja konsequent wäre.

Mit der „Respektrente“ ist sichergestellt, dass die Bürger, die über 35 Jahre gearbeitet haben – unter Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten – im Alter mehr bekommen, als Bürger, die nicht oder kaum gearbeitet haben.

Ein zweiter Schwerpunkt der SPD könnten Spitzensteuersatz und Reichensteuer sein. Der Spitzensteuersatz liegt z.Z. bei 42% und wird fällig ab einem zu versteuernden Einkommen von 55.961€ für Singles und 111.922 für Ehepaare.

Zugrunde gelegt wird also das „zu versteuernde Einkommen“, das – so sollte man bedenken – nicht identisch ist mit dem Bruttoeinkommen. Von diesem können noch die sogenannten Freibeträge, wie Grundfreibetrag oder Kinderfreibetrag, die bei Familien schon mal bei mehr als 20.000€ liegen können, abgezogen werden. Erst dann haben wir das zu versteuernde Einkommen, und der Spitzensteuersatz gilt erst ab jedem Euro, den z.B. ein Single mehr als die 55.961€ im Jahr verdient. Dasselbe gilt für die sogenannte Reichensteuer, die ab einem Einkommen von 250.731€ bzw. 501.462€ fällig wird.

Die SPD plant, den Spitzensteuersatz auf 45% und die Reichensteuer auf 48% zu erhöhen. Wenn man die Empörung darüber bei der CDU/CSU und FDP nachvollziehen will, ist es ratsam, sich die Frage zu stellen, wie viele Bürger in Deutschland von dieser Maßnahme betroffen wären. Dazu liegen verlässliche Zahlen aus dem Jahre 2013 vor (der Grund liegt in den langen Fristen zur Steuerveranlagung).

In 2013 gab es 39,8 Millionen einkommensteuerpflichtige Personen in Deutschland. Die gesamte Lohn- und Einkommensteuer belief sich auf 246 Mrd. Euro. Den Spitzensteuersatz von 42% zahlten 2,1 Millionen Steuerpflichtige, also 5,3% aller Steuerpflichtigen. Die Reichensteuer zahlten ganze 79.200 Personen – 0,2% aller Steuerpflichtigen! Das ist also die Klientel, die CDU/CSU und FDP vor „ungerechter Besteuerung“ schützen wollen.

94,7% bzw. 99,8% wären also von den Steuerplänen der SPD nicht nur nicht betroffen, sondern hätten vollstes Verständnis dafür. Im europäischen Vergleich würde Deutschland mit den höheren Steuersätzen sehr moderat aussehen: Spitzensteuersätze in Spanien und Niederlande: 52%, in Portugal 53%, in Belgien 53,7% und in Dänemark 55,6%. Da ist bei uns noch viel Luft nach oben. Übrigens: Unter Kanzler Kohl lag der Spitzensteuersatz bei 56%!

Jürgen Tichy



Die SPD hat erfolgreich neue Wege zur Wahl Ihrer Führung beschritten

Die Neuwahl zum SPD-Parteivorsitz wurde durch den Rücktritt der SPD-Vorsitzenden Andrea Nahles im Juni 2019 notwendig. Erstmals seit 1993 wird ein Votum aller Parteimitglieder und die Bestätigung auf einem Parteitag die neue Parteispitze bestimmen. Die formelle Wahl erfolgt auf dem SPD-Parteitag vom 6. bis 8. Dezember 2019 in Berlin.

Entsprechend dem dezidierten Beschluss des SPD-Parteivorstands haben sich überwiegend Kandidatenteams, bestehend aus einer Frau und einem Mann, um das Amt der Parteiführung beworben.

Nachdem die Vorstellung auf den geplanten 23 Regionalkonferenzen mit 8 Teams und einem Einzelkandidaten gestartet ist, stellten sich am Schluss noch 6 Teams dem Votum der insgesamt ca. 430.000 Parteimitgliedern.

Viele Mitglieder nutzten die Gelegenheit, sich auf den gut besuchten Konferenzen ein persönliches Bild von den Kandidatinnen und Kandidaten zu machen oder folgten online den Vorstellungsrunden und Befragungen.

Zur letzten der 23 SPD-Regionalkonferenzen kamen etwa tausend Menschen in den Münchener Löwenbräukeller. Generalsekretär Lars Klingbeil zeigte sich zufrieden mit dem Verfahren und zog dabei auch ein durchweg positives Fazit des durchgeführten Auswahlprozesses. „Es ist gut, dass wir einen solchen neuen Weg gegangen sind. Wir haben gezeigt, wie lebendig diese Partei ist“, sagte Klingbeil in München. Das Interesse an den in den vergangenen Wochen deutschlandweit abgehaltenen Veranstaltungen sei sehr groß gewesen.

Die Entscheidung über die künftige SPD-Spitze gilt auch als wegweisend für die Fortsetzung der Großen Koalition in Berlin. Je nach Ausgang der Abstimmung könnte die künftige SPD-Führung für einen GroKo-Ausstieg werben. Ob für oder gegen eine Fortsetzung der Koalition dazu haben sich die jeweiligen Kandidatenduos bereits auf den Konferenzen gegenüber den Mitgliedern positioniert.

Der Politikwissenschaftler Thorsten Faas von der FU Berlin zieht eine positive Bilanz über das gewählte Auswahlverfahren wenn er ausführt: „Für die Partei ist es ein sehr belebender Prozess gewesen, was parteiintern wichtig war. Dieses Format funktioniert also.“

Manfred Meiger



Klimaschutz ist ein Thema für alle!

Im Stadtrat wurde Anfang Oktober ein interfraktioneller Antrag zum Klimaschutz in Overath formuliert und einstimmig beschlossen. Vorausgegangen waren drei Anträge von SPD, Grünen und CDU, die unterschiedliche Schwerpunkte setzten, wie man vor Ort konkrete Maßnahmen erarbeiten und umsetzen kann. Gemeinsam haben wir daraus einen Klimaschutzantrag entwickelt, der die wichtigsten Punkte aller drei Anträge vereinigt:

Der SPD war besonders wichtig, dass es einen Runden Tisch Klimaschutz geben wird, der sich die Erarbeitung von Konzepten und konkreten Maßnahmen auf die Fahne schreibt, und dass dieser unter möglichst großer Beteiligung der Bürgerschaft arbeitet. Dafür haben wir vor-geschlagen, neben Experten und interessierten Bürger/innen z. B. auch engagierte Schüler/innen unserer weiterführenden Schulen mit an den Tisch zu holen, um so einen Schritt weiter zu gehen, als es bei den Demos von „Fridays for Future“ möglich ist:

In Overath dürfen auch die aktiv mitarbeiten, die unter den Klimaproblemen der Zukunft am meisten leiden werden, nämlich unsere Kinder und Jugendlichen!



Die Grünen wollten erreichen, dass es ein mit dem Konzept des Kreises abgestimmtes örtliches Klimaschutzkonzept geben wird, und der CDU war vor allem wichtig, dass konkrete Maßnahmen erarbeitet und umgesetzt werden. Nachdem SPD und Grüne zugestimmt hatten, die nicht mehrheitsfähige Ausrufung des „Klimanotstands“ fallen zu lassen, konnten wir uns schnell auf einen Antragstext einigen, der keinen faulen Kompromiss darstellt, sondern alle wichtigen Punkte der drei Anträge miteinander vereinigt.

Der einstimmige Beschluss im Stadtrat macht deutlich, dass Klimaschutz dann funktionieren wird, wenn es ein Thema für alle Parteien ist, und nicht nur für eine, die von Anfang an auf ökologische Themen ausgerichtet war. Nur wenn eine große Mehrheit der Menschen versteht, dass radikale Maßnahmen notwendig sein werden, um nachfolgenden Generationen einen bewohnbaren Planeten zu hinterlassen, lässt sich die drohende Katastrophe abwenden oder zumindest abbremsen!

Die SPD Overath hat den Runden Tisch Klimaschutz beantragt, und er wird sehr bald seine Arbeit aufnehmen. Die Bürgerbeteiligung, die wir damit erreicht haben, soll dazu beitragen, dass die erarbeiteten Maßnahmen eine große Akzeptanz finden – und dass Menschen, die sich Gedanken zu dem Thema machen, ihre Ideen einbringen können, auf die wir Ratsmitglieder vielleicht alleine nicht gekommen wären. Denn Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und geht weit über das hinaus, was Politik und Parteien alleine leisten können. Gemeinsam und unterstützt durch unseren SPD-Bürgermeister Jörg Weigt stellen wir uns dieser Aufgabe und werden den Klimaschutz zu einem unserer wichtigsten Zukunftsthemen machen!

Hans Schlömer

Strategien gegen die Abzocke auf dem Wohnungsmarkt

Jüngst war der Presse zu entnehmen, dass allein in NRW jährlich 80.000 Wohnungen fehlen - Wohnungen, die bezahlbar sind und daher nicht mehr als 30% des verfügbaren Einkommens verschlingen. Eine der Gründe, dass Städte und Gemeinden keine bezahlbaren Wohnungen mehr anbieten können, liegt daran, dass sie Grundstücke und Wohnungen an Investoren verkauft haben, um ihre Haushalte zu sanieren. Die Investoren, die am meisten boten, bekamen jeweils den Zuschlag. Das führte zwangsläufig zu Wohnungs- und



Grundstückpreisen,

die allein profitorientiert waren – die Investoren zockten ab.

Die Stadt Bergisch Gladbach hat nun ein Konzept auf den Weg gebracht, das diese Abzocke beenden soll. Bei diesem sogenannten Kooperationsmodell werden Baupläne nur dann aufgestellt, wenn die Verträge mit den Bauherren „gemeinwohlorientierte Leistungen“ beinhalten. Was das bedeutet, kann man z. B. an den Verträgen sehen, die die Stadt Tübingen mit Investoren abschließt: Die Stadt kauft sämtliche bebauungsfähige Grundstücke auf und verkauft diese an Investoren zu Bedingungen, die die Stadt festlegt. Nicht der Investor, der am meisten bietet, erhält den Zuschlag, sondern derjenige, der mietpreisgebundenen Wohnraum oder Sozialwohnraum schafft. So hat z. B. in Tübingen die auf nachhaltige Projekte spezialisierte Umweltbank als Investor 160 Sozialwohnungen gebaut.

Hohe Grundstückspreise und Mieten sind also nicht gottgegeben, sondern ohne Not geschaffen. In dem Zusammenhang sollte man auch die Mär vergessen, die immer wieder für die hohen Wohnpreise angegeben wird: der Staat mache das Bauen durch strenge Vorschriften, wie z. B. bei der Wärmedämmung teuer. Die Gesamtkosten von Haus oder Wohnung werden nur zu 50 % durch die Baukosten (Baumaterialien, Löhne für Handwerker und Architekten) bestimmt. Die andere Hälfte bestimmen die Grundstückspreise und die Gewinne der Investoren. Tatsache ist, dass in Deutschland in den letzten 10 Jahren die reinen Baukosten um ca. 150 Euro pro Quadratmeter, die Gewinne der Investoren aber um 1.500 Euro gestiegen sind. Dort gilt es also anzusetzen. Wenn Grundstücke nur mit Auflagen, die dem Gemeinwohl dienen, an Investoren vergeben werden, kann bezahlbarer Wohnraum für alle geschaffen werden.

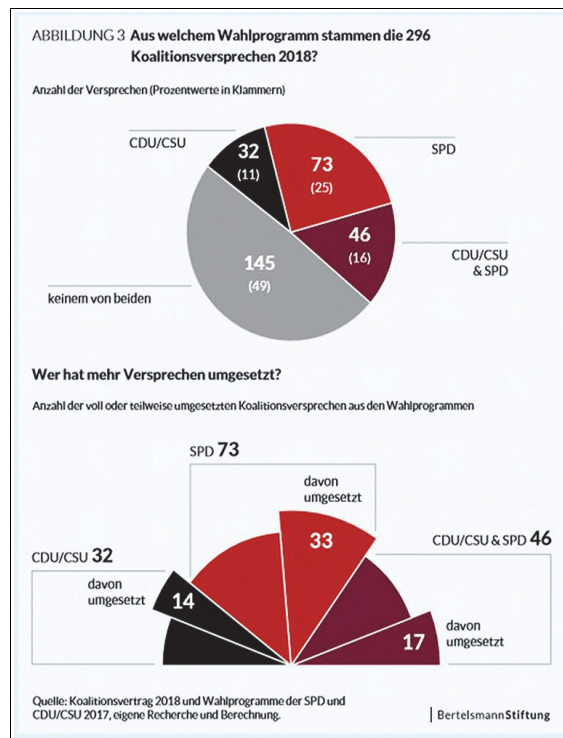
Die SPD Overath hat vor einigen Wochen einen ausführlichen Antrag zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gestellt, der in den Ratsgremien noch ausführlich beraten werden muss. Wir setzen auf einen bedarfsgerechten Mix aus Eigenheimen, normalen Mietwohnungen und Sozialem Wohnungsbau, um es allen Overather/innen – egal wie hoch ihr Einkommen ist – zu ermöglichen, in unserer Heimatstadt wohnen zu bleiben. Denn wenn junge Menschen, junge Familien, Senioren oder andere Menschen mit geringem Einkommen nicht gezwungen sein sollen, in anderen Städten nach bezahlbarem Wohnraum zu suchen, müssen wir dafür aktiv etwas tun!

Wir setzen uns dafür ein, dass Overath als Wohnort bezahlbar bleibt, und dass unsere Stadt trotz des demografischen Wandels zukünftig für alle Generationen attraktiv ist, denn die Alternative wäre eine immer älter werdende Stadt, deren Bevölkerung und Infrastruktur schrumpft, und das halten wir nicht für erstrebenswert.

Jürgen Tichy

Besser als ihr Ruf – die Halbzeitbilanz der Großen Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrages 2018 ist rekordverdächtig

In den ersten 15 Monaten ihrer Regierungsarbeit hat die Große Koalition aus SPD und Union laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung bereits mehr als 60 Prozent ihrer insgesamt 296 Koalitionsversprechen umgesetzt oder angepackt. Das weist auf eine rekordverdächtige Halbzeitbilanz der amtierenden Bundesregierung hin. Die Vorgängerregierung hatte zur Halbzeit lediglich knapp die Hälfte ihrer Versprechen umgesetzt. Rund ein Viertel aller Versprechen des Koalitionsvertrages finde sich nur im Wahlprogramm der SPD, so die Studie. Elf Prozent gingen allein auf das Wahlprogramm von CDU/CSU zurück. 46 Vorhaben fanden sich in beiden Programmen wieder.



Trotz dieser erfreulichen Erfüllungsquote zeigt sich im Meinungsbild der Wähler ein deutlich anderes Bild: Laut der Studie schätzt nur noch jeder Zehnte die Umsetzung richtig ein und glaubt, dass Parteien und Regierungen ihre Versprechen auch einlösen. Immer mehr Menschen unterschätzen die tatsächlichen Leistungen von Parteien und Regierungen. Diesen Fehleinschätzungen durch konkretes Regierungshandeln mit guten Erfüllungsquoten entgegenzuwirken, ist eine Sisypusarbeit der Regierenden. Die Schwierigkeit die Wählerinnen und Wähler davon zu überzeugen zeigen vor allem die Werte der SPD: Zwar waren deutlich mehr Koalitionsversprechen bereits im Wahlprogramm der SPD im Vergleich zum Koalitionspartner CDU/CSU verankert und wurden schließlich auch umgesetzt, deren Wähler sind aber dennoch sogar etwas weniger von der Umsetzungstreue „ihrer“ Koalition überzeugt als die Wähler der Union.

Dazu heißt es weiter in der Studie: „Immerhin finden sich 119 der insgesamt 296 (40 Prozent) Einzelversprechen des Koalitionsvertrages in dem Wahlprogramm der SPD wieder. Wiederum mehr als 60 Prozent davon (73 Versprechen) finden sich sogar ausschließlich im SPD-Wahlprogramm wieder, während weitere 46 (16 Prozent) gleichzeitig auch im Wahlprogramm der Union auftauchen. Im Gegensatz dazu lassen sich nur 78 aller Koalitionsversprechen (26 Prozent) auf das Wahlprogramm der Unionsparteien zurückführen. Nur 32 davon (11 Prozent) stammen exklusiv aus dem Wahlprogramm der CDU/CSU, während die Mehrheit der Unionsversprechen (46 Einzelversprechen oder 16 Prozent) sich gleichzeitig auch im Wahlprogramm der SPD befinden.“

Daher zeigen die Zahlen im Gesamtbild, dass sich mehr Koalitionsversprechen auf das Wahlprogramm der SPD zurückführen lassen – und das ist ein Indiz dafür, dass die SPD bei den Koalitionsverhandlungen eigene Programmpunkte aus dem Wahlprogramm etwas erfolgreicher im Koalitionsvertrag verankert hat, als die CDU/CSU.“

Um das Dilemma, dass die Fehleinschätzung bei der wahrgenommenen Umsetzung die Politikverdrossenheit weiter verstärkt, schlägt die Studie drei Denkanstöße bzw. Vorschläge vor, die helfen könnten:

Erstens muss besser verstanden werden, woher diese Kluft zwischen der von den Wählern wahrgenommenen und der tatsächlichen Performanz von Regierungen eigentlich kommt. Sind es die häufig großen Zeitverzögerungen zwischen der formalen Umsetzung eines Versprechens und seiner spürbaren Wirkung für die Bürgerinnen und Bürger? Oder dominiert das Gefühl einer insgesamt schlechten Repräsentation? Spiegeln die Parteien und Regierungen mit ihren Versprechen zu wenig die tatsächlichen Wünsche und Bedürfnisse der Menschen?

Zweitens geht es aber auch um politische Aufklärungs- und Bildungsarbeit. Wie lässt sich mehr Menschen ein realistischeres Bild über die tatsächliche Einhaltung von Wahl- und Regierungsversprechen vermitteln. Das ist eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft. Wie „fair“ sprechen und urteilen wir über die Umsetzung politischer Wahl- und Regierungsversprechen? Mehr „Fair Play“ dabei könnte zu einer gerechteren Wahrnehmung führen.

Drittens geht es aber auch um eine bessere und wählerorientiertere Kommunikation der politischen Akteure. Fast 300 Einzelversprechen in einem Koalitionsvertrag kann und will sich niemand einprägen. Eine stärkere Fokussierung auf politische Schwerpunkte und ein Gesamtnarrativ könnten deshalb hilfreich sein. Für welche drei Kernversprechen steht die Regierung? Den Wählern das zu vermitteln, ist schwer genug!“

Manfred Meiger

SPD Ag 60 plus wird 25 Jahre alt

Am 28. bis zum 29.10.2019 fand die Bundeskonferenz der SPD Arbeitsgemeinschaft 60 plus, in der Stadthalle Köln-Mülheim statt. AG 60 plus ist die größte Arbeitsgemeinschaft in der SPD.

Gegründet wurde sie aufgrund einer Empfehlung einer vom SPD-Parteivorstand gebildeten Kommission zum Thema demokratischer Wandel für die älteren Menschen in der SPD.

Die Arbeitsgemeinschaft ist eine Interessenvertretung der älteren Generation innerhalb der SPD und darüber hinaus.

Sie ist nicht nur die größte sondern auch eine der aktivsten Arbeitsgemeinschaften innerhalb der SPD, sie organisierte sich bundesweit in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren (BAGSO) und rief den Senioren-Aktionstag ins Leben und vernetzte sich auch europäisch in der European Senior Organisation. Die Älteren in der SPD bringen ihren Sachverstand auf Parteitage und in den Gremien ein. 60 plus beschränkt sich nicht nur auf Themen, wie Rente oder Pflege, sondern hat den Anspruch, bei allen maßgeblichen Themen für den besten Weg zu streiten und durch gute Politik allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft in der sich Alt und JUNG gegenseitig unterstützen – für eine faire, gerechtere und eine bessere Welt. Ein solidarisches Europa.

Auf der Bundeskonferenz wurden 99 Anträge diskutiert und verabschiedet. Zu den Themen: Digitalisierung, Entwicklungspolitik, Europapolitik, Friedenspolitik, Gesundheitspolitik, Pflegepolitik, Rentenpolitik, Steuerpolitik, Tarifpolitik, Umweltpolitik, sowie einige Initiativanträge. Alle Anträge, Resolutionen, Initiativanträge wurden bearbeitet, diskutiert und werden an die jeweiligen Gremien weitergeleitet in der Hoffnung, dass sie am 12. Dezember auf dem SPD-Bundesparteitag diskutiert werden. Aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums fand am 28. Oktober abends eine Festveranstaltung statt zu der nicht nur die Delegierten, sondern auch Interessierte eingeladen waren.

Die Festrede hielt Natascha Kohnen und der Kabarettist Wilfried Schmickler sorgte für einen guten politischen, unterhaltsamen, nachdenklichen Abend, der für die Jubilarfeier würdig war.

Zur Wahl für den Bundesvorsitzenden der AG 60 plus wurde vorgeschlagen Lothar Binding, MdB und wiedergewählt, mit 92 Prozent.



Katja Röhse-von Cube
Vorsitzende der SPD
Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Rheinisch Bergischer Kreis

Impressum:

Overath direkt – Ausgabe 2/19

Herausgeber: SPD Ortsverein Overath
Jürgen Tichy, Vorsitzender
jürgen.tichy@spd-overath.de - 02207.6454
Im Lerchengrund 14, 51491 Overath
Redaktion: David Maisy, Manfred Meiger, Peter Rhein,
Hans Schlömer, Georg Schneider, Jürgen Tichy
Fotos: spdnrw, spdoverath, pixabay, privat
Layout und Satz: info@peterrhein.de

Unterschriftenaktion

Sanierungsstau an Schulen beenden!

Landesmittel für das Richtige ausgeben!

- *Katastrophaler Zustand vieler Schulen ist nicht mehr tragbar!*
- *Kommunen brauchen mehr Geld für ihre Pflichtaufgaben!*
- *Land NRW muss Kommunen die Prioritäten setzen lassen!*

Die Unterzeichner dieser Unterschriftenaktion fordern das zuständige Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung, geleitet von Ministerin Scharrenbach, dazu auf, sofort für eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen, damit diese ihre wichtigsten Pflichtaufgaben weiterhin erfüllen können!

Für die Sanierung, Erhaltung und Modernisierung unserer Schulen fehlen der Stadt Overath mindestens 30 Millionen Euro, für die es nach heutigem Stand keine Fördermittel des Landes NRW gibt. Im Schulzentrum Cyriax müssen z. B. Fenster, Fassaden und Dächer saniert, Böden und Elektroinstallationen erneuert werden. In Heiligenhaus muss eine PCB-belastete Grundschule kernsaniert werden; in Vilkerath ist die Turnhalle der Grundschule gesperrt – ebenfalls wegen PCB-Belastung – und muss abgerissen und schnell ersetzt werden; die Grundschule in Overath braucht dringend einen Ersatz für die alte, marode Turnhalle an der früheren Hauptschule.

Das Land NRW fördert über Städtebauförderungsprogramme wie die „REGIONALE“ und die „soziale Quartiersentwicklung“ für fast eine halbe Milliarde Euro pro Jahr Projekte, die vielleicht nett, aber weder wichtig noch dringend sind. Solange Kommunen wie Overath nicht wissen, wie sie ihre maroden Schulen aufrechterhalten sollen, muss diese Verschwendung von Steuergeldern für die falschen Maßnahmen gestoppt werden. Wir fordern daher, an Stelle öffentlichkeitswirksamer Förderprogramme die viel zu niedrigen Investitions- und Bildungspauschalen drastisch anzuheben, damit unsere Schulen dauerhaft nutzbar und funktionsfähig bleiben!

Das Ganze ist kein lokales Problem in Overath, sondern betrifft NRW flächendeckend: Die Schlüsselzuweisungen und Pauschalen reichen in fast allen Städten und Gemeinden nicht einmal annähernd aus, um davon den Unterhalt und die Sanierung ihrer Infrastruktur finanzieren zu können. Neben Schulen trifft das z. B. auch Kindertagesstätten, Schwimmbäder und Straßen. Bei absehbar sinkenden Steuereinnahmen ist der endgültige Kollaps der Kommunalfinanzen unausweichlich – wenn keine Maßnahmen ergriffen werden!

Frau Ministerin Scharrenbach, handeln Sie umgehend, bevor Schulen ersatzlos geschlossen werden müssen, Grundsteuern noch weiter als bisher explodieren, Familien aus ländlichen Kommunen abwandern und die lokale Infrastruktur in sich zusammenbricht!

Datenschutzerklärung: Die angegebenen Daten werden nicht an Dritte weitergegeben, gespeichert oder für Werbezwecke benutzt .

Name	Anschrift	Unterschrift

Hier können Sie Freunde, Bekannte und Nachbarn unterschreiben lassen:

Weitere Vordrucke auf unserer Homepage: www.spd-overath.de/unterschriftenaktion.pfd

Die Liste kann bei folgenden Mitglieder der Ratsfraktion abgegeben werden :

Albert Homann, Olper Str. 61
Dieter Lohmann, St. Anno Höhe 25
Dr. Dieter Matthias, Im Auenbogen 1
Manfred Meiger, Am Aggersteg 12
Ruth Rocholl, Eichen 27 b
Katja Roehse von-Cube, Allensteiner Str. 4
Georg Schneider, Auf dem Plägen 7
Rolf Trefz, Müllerwiese 1a
Karl-Heinz Weyers, Forstweg 5

Peter Krajewski, Glockengießer Str. 10
Jakob Ludwig, Dr.-Ringens-Str. 16
David Maisey, Lindlarer Straße 3
Peter Rhein, Kielsberg 13
Simon Rocholl, Eichen 43
Hans Schlömer, Weißenstein 82
Roberto Triscari, Bahnhofsplatz 1
Simon Weigelt, Im Auel 19
Gerhard Zorn, Alte Kölner Str. 31

oder Sie senden diese Liste an:

Jürgen Tichy
Im Lerchengrund 14
51491 Overath